

Haushaltsrede 2026



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,
liebe Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung
sowie der Presse und liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Leider sind die Verhältnisse nun genau so, wie von uns in der letzten Haushaltsrede angeprangert: Einnahmen über Grundstücksverkäufe sind ausgeblieben, die Rücklagen sind aufgebraucht und die Steuereinnahmen sind gesunken. Jetzt ist man zu radikalen Maßnahmen gezwungen, die man vielleicht hätte vermeiden können, wenn man früher an einem Sanierungskonzept und einem Liquiditätsplan gearbeitet hätte, wie von uns gefordert.

Um den gesetzlichen Anforderungen zu genügen und um endlich zu beginnen, haben wir von Bündnis 90/ Die Grünen im Herbst 2025 die sofortige Aufnahme von Haushaltsberatungen und eine Klausurtagung zu diesem Thema beantragt. Tatsächlich fanden auch im Januar und Februar Klausurtagungen zusammen mit der Verwaltung statt, letztendlich wurde die erste öffentliche Sitzung des HuF dann aber erst nach der Wahl einberufen. Wahrscheinlich, weil man den Bürgern nicht vor der Wahl mit Einsparmaßnahmen oder Steuererhöhungen kommen wollte.

Die Ergebnisse der Haushaltsberatungen waren zwar durchaus erhellend, aber auch ernüchternd. Denn eine schnelle und schmerzfreie Lösung der finanziellen Engpässe wird es nicht geben.

Immerhin, pauschale Kürzungen bei den Sachkosten in der Verwaltung, wie von uns seit Jahren gefordert, scheinen eben doch zu gehen, wenn es sein muss. Endlich ist ein Sparwille erkennbar. Auch wurde klar, dass bei den Pachten und Verträgen einiges angepasst werden muss.

In den Bereichen mit den meisten Defiziten, wie den Hallen, den Bädern, im Bereich Parken, bei der Musikschule und der Bibliothek, zeigte sich aber schnell, dass durch Gebührenerhöhung das Defizit nur minimal dezimiert werden kann. Für die radikalen Lösungen, wie z.B. die Schließung einer Halle oder eines Grünabfallplatzes, fanden sich keine Mehrheiten und auf den Haushalt 2026 hätte das auch kaum positive finanzielle Auswirkungen gehabt.

Alzenau befindet sich in der privilegierten Lage, nicht nur eine Halle zu besitzen, sondern acht, nicht nur einen Grünabfallplatz, sondern sechs, nicht nur ein

Schwimmbad, sondern zwei. Dazu eine preisgekrönte Bibliothek, eine eigene Musikschule, ein überregional bekanntes Gartenschaugelände, kostenlose Parkplätze im Zentrum usw.

Das alles ist uns lieb und - im wahrsten Sinne des Wortes – auch teuer. Es macht aber die Attraktivität des Ortes aus, die es zu bewahren gilt. Und gerade die öffentlichen Kultureinrichtungen, wie die Bibliothek, aber auch die Musikschule, sorgen für soziale Teilhabe und Gerechtigkeit und beugen aktiv den Auseinanderdriften der Gesellschaft und der politische Radikalisierung vor. Daneben ist es für uns auch wichtig, dass die Kindergartengebühren nur moderat erhöht werden und der Ausbau der gesetzlich geforderten Ganztagsbetreuung weiter vorangetrieben wird. Denn Kinder sind unsere Zukunft!

Daher sind radikale Kürzungen in diesem Bereich für uns eine rote Linie, die wir nicht überschreiten werden.

Wir als Bündnis 90/ Die Grünen hätten daher mit der Erhöhung der Grundsteuern und der Gewerbesteuer um 30 Punkte mitgehen können, wie von der Kämmerin vorgeschlagen. Diese wurde jetzt leider auf 20 bzw. 15 Punkte zusammengestrichen. Daher befürchten wir, dass die reduzierte Erhöhung nicht reichen wird, den Haushalt auf gesunde Füße zu stellen und ein Nachtragshaushalt nötig sein wird. Hier hätten wir uns mehr Mut für diesen unbequemen Schritt gewünscht. Denn eine gute Infrastruktur ist im Sinne aller Bürger und stellt auch einen weichen Standortfaktor für die hier ansässigen Firmen dar.

Außerdem fordern wir auch, dass die in den Klausurtagungen angestoßenen Pläne zur Konsolidierung zukünftiger Haushalte nicht, wie schon in den letzten Jahren, einfach wieder in der Schublade verschwinden. Sondern, dass zeitnah von Seiten der Verwaltung ausgearbeitete Konzepte für die einzelnen Bereiche und ein Gesamtkonsolidierungskonzept vorgelegt werden, wie sich die Defizite in den nächsten Jahren verringern lassen. Diese Forderung stellen wir nicht zum ersten Mal, daher sind wir weiterhin skeptisch, hoffen aber auf frischen Wind durch die neue Kämmerin.

Eine tragfähige und nachhaltige Konsolidierungsstrategie muss auf zwei Säulen beruhen: einer konsequenten Sanierung und einer gleichzeitigen Sicherung von Zukunftsinvestitionen. Wir finden es positiv, dass diesmal keine unrealistischen Zahlen auf Seiten der Einnahmen in den Vermögenshaushalt eingestellt wurden, sondern konservativ gerechnet wurde. Dies bedeutet zwar, dass wir hier Schulden aufnehmen werden müssen, aber auch unterlassene Investitionen sind versteckte Schulden, die uns und unsere Kinder später

belasten. Investitionen in den Klimaschutz und in die Klimaanpassung helfen, in Zukunft Schäden zu vermeiden und vorbeugend Kosten zu sparen. Alles andere ist kurzsichtig und realitätsfern. In diesem Bereich, insbesondere bei den energetischen Sanierungen, die ja spätestens mittelfristig erhebliche Einsparungen im Verwaltungshaushalt bedeuten, enthält der Haushaltsentwurf für uns noch viel zu wenig. So ist es auch dringend notwendig, den Investitionsstau bei den Hallen in Angriff zu nehmen.

Klimaschutz ist Menschenschutz! Alzenau hat einmal mit dem Slogan „Stadt im Grünen“ geworben, dazu gehören neben unseren Wäldern auch die Stadtbegrünung sowie Investitionen in die blaue und grüne Infrastruktur. In allen Planungen ist diese zu berücksichtigen. Bei allen Wohnbaumaßnahmen in unserer Stadt muss die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum selbstverständlich werden.

Für die Zukunft brauchen wir einen tragfähigen und realistischen Plan zur Konsolidierung der städtischen Finanzen über die nächsten Jahre. Dazu wünschen wir uns einen vierteljährlichen Bericht von Seiten der Kämmerei und die Aufnahme von Haushaltsberatungen für 2027 unbedingt bereits im Frühherbst 2026.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stimmt daher dem Stellenplan, dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke, dem Haushaltsplan und dem Finanzplan nicht zu.